

Der Volksfreund

Wochenschrift für die Deutschen Polens in Stadt und Land.

Nr. 26.

Sonntag, den 26. Juni 1921.

3. Jahrgang

Zu beziehen durch den Herausgeber
Gustav Gwald, Lodz, Rozwadowska-Strasse 17,
dort hin sind auch alle Geldsendungen zu richten.

Verantwortlicher Schriftleiter
Ludwig Wolff, Lodz, Gdanika 112.
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Bezugspreis mit Postzustellung 20 Mk. monatlich, für
Deutschland RM. 3.—. Anzeigenpreis: für die dreige-
spaltene Kleinzeile Mk. 12.—, für Deutschland RM. 4.—.

General-Vertretung für Deutschland: Richard Albert Göpfert, Königsberg Br., Ardenstraße 12.

Die Konstitution und die Sejmwahlen.

von Dr. hist. Eduard von Behrens.

II.

Unser Vaterland soll republikanisch (res publica heißt lateinisch „die gemeinsame Wirtschaft“) verwaltet werden. Jede 5 Jahre treten alle polnischen Bürger beiderlei Geschlechts, die ihre 21 Jahre hinter sich haben, außer denjenigen, die im Militärdienst stehen, in ihren Wahlbezirken zusammen um persönlich (Vertretung ist nicht gestattet) die besten Männer unter sich zu wählen, die dann im Laufe von 5 Jahren ihren Willen im Sejm zum Ausdruck bringen sollen, indem sie mit ihren Kollegen durch Stimmenmehrheit neue Gesetze bestimmen und die alten umändern. Zum Sejmabgeordneten kann ein jeder gewählt werden, der nicht zur Zeit der Wahlen im Militärrocke steckt, insofern er 25 Jahre alt ist, sogar dann, wenn er nicht im betreffenden Wahlbezirk wohnt. Dieses ist für uns Deutsche hierzulande von großem Vorteil: wie oft kann es vorkommen, daß sich in einem Wahlbezirk wohl genug deutsche Wähler finden werden, die, falls sie alle wie ein Mann zu den Wahlurnen vorgehen, sicher einen deutschen Abgeordneten in den Sejm hineinkriegen können, — jedoch wird es ihnen am Orte vielleicht an dem Manne fehlen der allen seinen deutschen Volksgenossen ohne Ausnahme recht sein wird: dem einen scheint er zu rücksichtslos, dem anderen — zu lau; dem einen — zu kirchlich, dem andern — zu wenig deutsch; dem einen zu schwach in der polnischen Redekunst (was hauptsächlich erwünscht ist!) dem anderen zu ungebildet, — und so weiter; und in so mancher Ortschaft Polens, wo wir Deutschen zu schwach an Zahl sind um einen Abgeordneten durchzubringen, kann gerade ein hierzulande uns allen wohlbekannter Volks- und Glaubensgenosse wohnhaft sein, dessen Wahl uns gerade recht sein wird. Es ist nur sehr schade, daß all die Stimmen der Deutschen, die zu den von ihnen zu schwach bewohnten Wahlbezirken gehören, unserem deutschen Abgeordneten nicht zugute kommen können; laut der Staatsverfassung vom 17. März 1921 (Artikel 12) können keine Stimmen aus einem Wahlbezirk in andere übertragen werden, um auf diese Weise keine Stimmen verloren gehen zu lassen. So ist es in vielen anderen Ländern, wie zum Beispiel im benachbarten Ungarn. Wenn also die polnische Konstitution nicht in Zukunft in gerechter Weise in demselben Sinne abgeändert wird, so werden die zerstreut in unserem polnischen Vaterlande lebenden 2 Millionen Deut-

schen, 3/4 Millionen Juden und bis 8 Millionen Russen nie die volle, ihrer Kopfzahl entsprechende Anzahl von Stimmen im Sejm für sich erringen können; sondern höchstens ein Drittel, d. h. anstatt 43 v. H. aller Abgeordneten, nur annäherungsweise 14 bis 15 %.

— Die auf diese Weise durch die erste Staatsverfassung Neupolens benachteiligten völkischen und religiösen Minderheiten können jedoch diese ihre rechtliche Lage im Staate dadurch bedeutend bessern, daß sie alle drei verbunden bei den Wahlen vorgehen: dort, wo die Juden es voraussehen, daß sie nicht im Staate sein werden eine genügende Anzahl von Wählern für einen jüdischen Kandidaten aufzubringen, dort sollen sie eben alle für einen Deutschen oder einen Russen ihre Stimmen abgeben, dafür werden die letzteren in anderen Wahlbezirken vertragsgemäß mit ihren Stimmen einem Juden zum Abgeordneten-Mandat verhelfen. Um die diesbezüglichen Verhandlungen rechtzeitig zu verwirklichen, hat die Gesamtheit der deutschen Wähler eines jeden Bezirks auf Anregung irgend eines ihrer Mitglieder sich schon etliche Monate vor dem Wahltermine zur Besprechung öfters zu versammeln und Fühlung mit ebensolchen deutschen Wahlkomitees der benachbarten Bezirke, mit der Geschäftsstelle der deutschen Sejmabgeordneten in Lodz (ul. Rozwadowska Nr. 17), mit der Vereinigung der Deutschen Sejmabgeordneten in Warschau (Sejm, ul. Wiejska) mit dem Deutschtumsbunde zur Wahrung der Minderheitsrechte in Bromberg (Bydgoszcz, Plac Wolności Nr. 1 III.) endlich mit den Schriftleitungen der Organe der Deutschen in Polen „Lodzzer Freie Presse“ in Lodz, (Piotrkowska 86), Wochenschrift „Der Volksfreund“, Lodz, (Rozwadowska 17) zu nehmen. Diese letzteren Zentralstellen würden dann mit den russischen und anderen Wahlzentralorganisationen in Verhandlungen treten, und dann den Ortskomitees die Weisung geben, für welchen Kandidaten alle deutschen Wähler in jedem einzelnen Wahlbezirk zu stimmen haben.

Nur auf diese Weise könnten die Minderheiten es mit vereinten Kräften anstatt der 14—15 v. H. Sitzen im Sejm es vielleicht bis auf ganze 30 v. H. bringen, und damit könnten auch wir, die Deutschen hierzulande, wenigstens die für einen selbständigen Antrag im Sejm erforderliche Anzahl der Abgeordneten es bringen. Im gesetzgebenden Sejm hatten wir kaum 1/4 dieser Anzahl inne, so daß, wenn einem Deutschen ein Unrecht geschah und seine 8 Abgeordneten den dafür verantwortlichen Minister durch einen Dringlichkeitsantrag zur Rechenschaft ziehen

wollten, so mußten sie zuerst lange unter anderen Parteigängern die ihnen fehlenden 7 Unterschriften zusammenbetteln; für einen neuen Gesetzantrag hatten sie nicht weniger als 22 den Deutschen geneigte Kameraden um Unterstützung zu bitten! Bei derlei Zuständen hatten wir, sowohl als auch die Juden mit ihren 15 Stimmen und — erst recht die Russen (keine einzige Stimme, wo sie über 1/4 des Staates bilden, also weit über 100 Sitze im Sejm inne haben sollten!) ein recht- und mehrloses Dasein zu fristen.

Wenn es anders werden soll, und ein jeder von uns sich ruhig seiner Freiheit, seines Erwerbes und seines guten Rechts hierzulande erfreuen will, so müssen wir auch keine Ausgaben für die Wahlarbeit unserer deutschen Vertrauensmänner sparen. Es ist eine gerade so notwendige Ausgabe für einen jeden Deutschen, der nicht in Deutschland, Oesterreich oder im Danziger Freistaate lebt, wie es die jährliche Ausgabe für Feuerversicherung ist. Wir müssen eben zur Selbstbesteuerung eiligst schreiten, um unseren Volksverbänden und unseren Zeitungen und Wahlkomitees die Möglichkeit zu geben, die allergrößte Anzahl von deutschen Abgeordneten in den Warschauer Sejm hineinzubringen. Die Konstitution vom 17. III. 1921 gestattet es, ohne vorher jegliche besondere Erlaubnis bei der Ortsbehörde dafür einholen zu brauchen, daß sich die Bürger nach Belieben versammeln und (Art. 108) in ihrer Muttersprache über dergleichen Angelegenheiten beraten (Art. 109) und außer ihren Minderheitsverbänden auch sonstige rein deutsche Vereine, Schulen, Wohltätigkeitsanstalten usw. mit eigener Verwaltung, Sakungen usw. einzurichten (Art. 110). Sehr wichtig ist das Recht des Bürgers (laut Art. 100) die Schwelle seines Hauses von keinem Polizisten oder sonstigen Beamten überschreiten zu lassen, falls er nicht einen ausdrücklichen diesbezüglichen Befehl vom Ortsrichter dem Hauswirts vorweisen kann. Auch kann niemand verhaftet werden ohne solchen gerichtlichen schriftlichen Befehl; allerdings können die Polizeibehörden, die Gemeindeverwaltung, die Grenzwaache und dergl. in den Fällen, wo ein offensichtliches Verbrechen vorliegt den Verdächtigen oder den auf heißer Tat Ertrappten arretieren, — jedoch sind diese Behörden gesetzlich verpflichtet (unter Androhung von schwerer Strafe!) den Verhafteten nicht später als in 48 Stunden dem Richter vorzuführen, und können sie es nicht bewerkstelligen, so haben sie eben die Pforte des Gefängnisses ohne weiteres zu öffnen. (Art. 97).

Leibesstrafen sind nirgends und in keinem Fall gestattet.

Jedes an dem Bürger möglicherweise durch Beamten oder Behörden begangene Unrecht, jede Ungefehrlichkeit des Verfahrens kann vor das Gericht gebracht und soll von demselben gutgemacht werden; die Staatskasse ist für den auf solche Weise dem Bürger zugefügten Schaden verantwortlich (Art. 121). Privatbriefe dürfen von keiner Behörde erbrochen werden (Art. 106) und keine Behörde kann eine Zeitung daran verhindern, auf ihren Spalten alles, was ihr paßt, zu bringen (Art. 105).

Allerdings, können diese „Konstitutionellen Freiheiten“ durch Kriegszustand und Ausnahmezustand, der jedoch nur auf Beschluß des Ministerrates mit Genehmigung des Präsidenten der Republik eingeführt werden kann, zeitweilig aufgehoben werden; jedoch muß der Sejm diese Maßregel bestätigen (Art. 124), sonst verliert sie in 8 Tagen von selbst ihre Macht.

Wir sehen, daß die Konstitution Neupolens vom 17. März 1921 im großen und ganzen sehr freiheitlich ist und es wird sich auch ganz gut mit ihr leben, wenn nur die 3 kleineren Brüder in unserer allpolnischen Völkerverfamilie — der Deutsche, der Russe und der Jude, wenn es sich um Verteilung von Pflichten und Rechten in wirklichen Leben, zwischen ihnen und den zur urpolnischen Mehrheit angehörenden Mitbürgern handeln wird, nicht zu kurz kommen. Bis auf den heutigen Tag ging es uns allen recht schlimm in dieser Hinsicht; es genügt zu bemerken, daß unter den 15 Wojewoden (Provinz-Gouverneuren), den 14 Ministern, den 200 Starosten (Kreishefs), 8 Festungskommandanten, 153 Generalen und Admirälen, 26 Vize-Ministern, 27 Reichskommissaren und den hunderten von hochbesoldeten Botschaftern, Konsuln, Generalkonsuln, Delegierten, Handelsagenten, Gesandten, Ministerialräten, und so weiter 1918 — 1921 nicht ein einziger Bürger Polens sich befand, der nicht zum polnischen (im Sinne des slavisch-polnischen Polentums) Volkstum gehört! Somit wurde also bisher der unerhörte nationale Chauvinismus und die größte Benachteiligung voller $\frac{1}{10}$ der nicht-slavischen und zugleich nicht-katholischen — nur „auf Papier“ als vollberechtigt und gleichberechtigt anerkannten Bürger dieses Staates betrieben. Was Wunder, — wo von 412 Sejmabgeordneten nur 23 die Interessen der letzteren vertraten?

Und doch begrüßen wir die von diesem Sejm am 17. III. 1921 ausgearbeitete Staatsverfassung als den ersten Schritt zur Ordnung. Der Art. 125 gibt uns eine gewisse Möglichkeit, auch diese Verfassung in einer für unsere gerechten Interessen günstigeren Weise später umzugestalten, um zu unserem guten Rechte zu kommen. Nur einig, standhaft und unserem Deutschtum treu müssen wir verbleiben. Denn: „Wer seinem Volke untreu ist — die Treu dem Staate auch vergift!“

In einer polnischen Kolonie in Kleinasien.

Nach der Niederlage der Wrangelschen Armee, die die Besetzung der Krim durch die Bolschewiken zur Folge hatte, flohen viele Tausende, darunter auch ich, nach Konstantinopel, um wenigstens das nackte Leben zu retten. Hier angekommen, suchte ich das polnische Konsulat auf, um mir eine Erlaubnis zur Rückreise nach meiner polnischen Heimat auszuwirken. Vor dem Konsulatsgebäude hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, fast lauter Flüchtlinge, die dasselbe Loos hinter sich und dasselbe Ziel vor sich hatten.

Da traten an uns zwei gut gekleidete Damen heran und fragten in polnischer Sprache, wer die Leute seien. Als sie erfuhren, daß wir Flüchtlinge waren, die um Erlaubnis zur

Rückreise nach Polen nachsuchen wollten, forderten sie uns auf, nach der Polnischen Kolonie Adamowo zu kommen, wo Arbeitskräfte sehr gesucht und gut bezahlt werden. Mehrere der Flüchtlinge denen ich mich anschloß waren bereit, die Kolonie aufzusuchen, um die Verhältnisse kennen zu lernen und die uns gestellten Bedingungen an Ort und Stelle zu untersuchen und zu prüfen.

Die Kolonie Adamowo liegt in Kleinasien, 12 Kilometer von Konstantinopel entfernt. Wir überschifften den Bosphorus und schlugen den Weg ein, den uns die Damen bezeichnet hatten. Es war eine uralte Chaussee, die wohl zur Zeit des griechischen Kaiserreichs gebaut war und sehr gut sein mochte, jetzt aber kaum noch fahrbar war. Nach zwei Stunden hatten wir unser Ziel erreicht. Die Kolonie, die ungefähr 30 Hofstellen zählt, macht schon von weitem einen angenehmen Eindruck und hebt sich malerisch von den eintönigen Bergen ab. Prachtvolle Wein- und Obstgärten umgeben die schönen gemauerten Häuser, in denen Wohlstand herrscht. Auch Kirche, Schule und Bibliothek sind vorhanden und machen die Kolonie zur Trägerin christlich-europäischer Kultur inmitten mohamedanisch-asiatischer Umgebung.

Der Kampf, der zwischen den Türken und Griechen, trotz des Friedensschlusses, sowie zwischen den einzelnen Parteien weiter tobt, war auch in Adamowo spürbar. Alle waffenfähigen Männer waren zum Militär eingezogen; vor dem Schulgebäude war ein Maschinengewehr aufgestellt, um etwaige Überfälle von Banditen zurückzuweisen. Ein militärisch und pädagogisch ausgebildeter Lehrer, wie ich es nun gerade war, war den Leuten sehr willkommen, aber Maschinengewehr und Schreibfeder paßten schlecht zu einander. Darum lehnte ich es ab, in Adamowo in irgend welche Dienste zu treten. Die Bewohner von Adamowo sprechen alle gut polnisch, obgleich niemand von ihnen Polen je gesehen hat. Sogar den Sitten und der Tracht ihrer Väter sind sie treu geblieben. Wie und wann die Kolonie entstanden ist, darüber konnte mir leider niemand Näheres berichten. Bewunderung und Achtung schloßte mir dies Häuflein Polen ein, das an ihrem Glauben, an ihrer Sprache und Sitten festgehalten hatte. Als ich fragte, wie dies ihnen möglich gewesen sei, da deutete ein alter Kolonist mit der Hand auf Kirche und Schule und sagte: „Diesen haben wir es zu verdanken, daß wir Christen und Polen geblieben sind. Trotz der Verfolgungen in früheren Zeiten haben wir unsere Eigenart nicht verleugnet. Die türkische Regierung hat endlich eingesehen, daß wir gute Bürger sind und unseren Pflichten sogar besser nachkommen als die Türken selber. Nun läßt man uns in Ruhe und gewährt uns volle Gleichberechtigung und Freiheit.“

Ja, Kirche und Schule sind die Ecksteine, auf denen ein Volk stehen muß, wenn es nicht untergehen will. Pfarrer und Lehrer sind die Baumeister, die die einzelnen Stammesgenossen zu einem Volk zusammenfügen müssen. Und diese Aufgabe haben Pfarrer und Lehrer in Adamowo gewissenhaft erfüllt.

Unwillkürlich dachte ich an meine Volksgenossen in der fernen polnischen Heimat. Wie mag es ihnen wohl gehen? Halten die ebenso fest an ihrer Väter Erbe? Und die Pfarrer und Lehrer, sind sie Führer ihres Volks, wie hier in Adamowo, oder Verführer? Sind sie sich ihrer schweren und verantwortungsvollen Aufgabe voll und ganz bewußt?

Leider bestätigten sich meine bösen Ahnungen zum größten Teil. Wie viele unserer Volksgenossen haben leichten Herzens ihre Sprache, ihre Eigenart, ihre Schule aufgegeben! Ist nicht einmal für ein Kirchengelicht, sondern ein freundliches Lächeln, ein huldvoller Händedruck genügt schon. So mancher Pfarrer und Lehrer

hat pflichtvergessen, Gott sei es geklagt, seiner Gemeinde den Rücken gekehrt! So mancher läßt sich von Zerlichtern, von Trugbildern blenden und verwirren und steuert dem Verderben zu. Andere verraten ihr Volkstum, um sich an der Staatskrippe einen Platz zu sichern. Wie beschämend für so viele von uns ist doch das Beispiel der Polen in Adamowo! Volksgenossen! Wollt ihr nicht zugrunde gehen, so folgt ihrem Beispiel!

Aus Welt und Heimat.

Interpellation

des Abg. Spickermann und Genossen vom Klub der Deutschen Vereinigung an die Herren Minister für Kultus und Unterricht, für Post und Telegraphenwesen und für öffentliche Gesundheitspflege in Angelegenheit der Beschlagnahme des evangelisch-augsburgischen Pfarrhauses in Kolo durch das dortige Post und Telegraphenamts sowie des evang.-augsburgischen Pfarrhauses in Zagorow (Kreis Slupiec) für Zwecke eines Spitals für ansteckende Krankheiten. Beide Pfarrhäuser befinden sich im ehemaligen Gouvernement Kalisz.

Die Kirchenkollegien der evang.-augsburgischen Gemeinden in Kolo und Zagorow wandten sich wiederholt an die betreffenden Behörden mit der Bitte um Freigabe der Pfarrhäuser von der Beschlagnahme. Ebenso wandten sie sich in ihrer Not an das evang.-augsburgische Konsistorium in Warschau, sowie an uns mit der Bitte um Hilfe, aber alle Bemühungen und Vorstellungen sowohl der Kollegien, wie des Konsistoriums und unsere blieben erfolglos. Am 22. Mai d. J. wandten sich die oben genannten Kirchenkollegien wiederum mit einer Bitte an uns um Intervention für die Freigabe der betreffenden Räumlichkeiten von der Beschlagnahme und Zurückführung derselben ihrem eigentlichen Zwecke das ist den Pastoren als Wohnung. Trotzdem ein Besetz besteht, welches besagt, daß sämtliche Pfarrhäuser von der Beschlagnahme befreit sind, sind doch in dem einen und in dem anderen Falle die ungeleglich beschlagnahmten Pfarrhäuser nicht freigegeben worden. Dieser Zustand dauert schon das dritte Jahr. Die Folge davon ist, daß die gewählten Pastoren ihre Aemter nicht übernehmen können und daß die Pfarrkinder ohne Seelsorge dastehen. Infolge dessen bemächtigte sich dieser evangelischen Gemeinden eine große Erbitterung und alle fragen, wie lange dieser ungelegliche Zustand dauern und wann der berechtigten Forderung Genüge geschehen wird.

Deshalb stellen die Unterzeichneten an die betreffenden Herren Minister die Anfrage: sind ihnen diese Zustände bekannt und was gedenken sie zu tun, um die ungeleglich beschlagnahmten Pfarrhäuser unverzüglich von der Beschlagnahme freizugeben.

Warschau, den 16. Juni 1921.

Die Interpellanten: (Unterschriften).

Deutschenhege. Wie in Ostrowo haben auch in Bromberg, Montwy, Kreis Inowroclaw, in den Kreisen Gostyn und Lissa Ueberfälle auf deutsche Bürger und Eigentum stattgefunden. Urteilslose chauvinistische, ihren Staat schädigende Elemente verursachen diese Ueberfälle. Schilder mit deutschen Aufschriften, deutsche Zeitungen, Fensterscheiben bleiben nicht verschont. Die Entfernung der deutschen Arbeiter aus den Fabriken wird verlangt. In den Kreisen Gostyn und Lissa verlangten die mit Aexten und Knüppeln bewaffneten polnischen Arbeiter, daß die deutschen Ansiedler binnen 8 Tagen ihr Besitztum verlassen sollen. Die Behörden haben in allen Orten zum Schein für die Herstellung der Ordnung gesorgt. Zum größten Teil waren die Ausfälle gegen die deutsche Bevölkerung

im voraus bekannt. Die Behördstellen tragen mit die Schuld, wenn sie es zuließen, daß das Ansehen unseres Staates durch urteilslose Elemente herabgesetzt wird. Ist das der unserm Lande nötige Friede? Ist das der Eintracht und Liebe zur Heimat? Wann wird die Vernunft endlich siegen? Wo sind die wahren Söhne des Vaterlandes, die für Ruhe, Ordnung und Wiederaufbau im Lande zu sorgen haben?

Kirchenbau in Maschlaki. Sehr Erfreuliches darf ich aus der Filialgemeinde Maschlaki mitteilen. Die Gemeinde zählt, allerdings nach veralteter Schätzung, ungefähr 1500 Seelen. Sie besitzt im Dorfe Maschlaki (Kreis Słupca) ein nach außen hin ganz schmuck wirkendes altes Kirchlein. Längst aber war es für die hier bestehenden kirchlichen Anforderungen zu klein geworden. Hieraus hatte sich für die Gemeinde, lange vor dem Kriege noch, die große Aufgabe ergeben, die Kirche umzubauen oder aber ein neues Gotteshaus zu errichten. Die nötigen Vorarbeiten waren alle getan, die Pläne gezeichnet, die behördliche Genehmigung eingeholt worden. Trotzdem war die große Sache im Laufe der Zeit auf dem toten Punkt gekommen und damit in die Gefahr geraten zu verderben und ganz zu sterben. Der Akerboden schien hier ganz unfruchtbar geworden zu sein. Allein das war nur Menschenmeinung. Gott hat die Herzen doch anders gelenkt. Ganz plötzlich ist die Sache des Kirchenbaus wieder brennend geworden, angeregt besonders durch das tatkräftige, anfeuernde und aufrüttelnde Einschreiten des Gutsbesizers Herrn Gottlieb Luger aus Kopydlowo. In engerem Kreise wurde zunächst die Frage beraten und beschlossen. Auf einer Sitzung öffentlicher Art unter der Leitung des Unterzeichneten, am 2. Juni, in der Kirche zu Maschlaki, sind sofort von den anwesenden Landbesitzern gegen 100,000 Mark freiwillig gespendet worden. Nach einem Gottesdienst des Unterzeichneten am 12. Juni, in Maschlaki, wurden wiederum über 50,000 Mark freiwillig gestiftet. So hat die Sache des Kirchenbaus allenthalben die vollste Anerkennung gefunden, die Begeisterung dafür eilt wie ein Feuer von Haus zu Haus und entzündet die Herzen. Möge durch keinerlei bürokratische Formalitäten Wasser in dieses heilige Feuer gegossen werde. Der Herr aber, der uns den Anfang gegeben, möge in Gnaden das begonnene Werk gedeihen und vollenden lassen.

Pastor A. Böfller.

Anstand und Charakterlosigkeit. Von einem gut erzogenen Menschen verlangen wir mit Recht, daß er bekannte Personen beim Begegnen grüßt. Einerlei, ob es ein Pole, Jude, Russe oder ein Deutscher ist. Die Nationalität und das Glaubensbekenntnis dürfen dabei keine Rolle spielen. Manche unserer polnischen Mitbürger glauben jedoch, daß die Regeln des Anstandes einem Deutschen und Evangelischen gegenüber nicht binden. Daher geschieht es oft, daß sie einen Deutschen und Evangelischen auch dann nicht grüßen, wenn er zu ihrem Bekanntenkreise zählt. Auch werden die evangelischen Pastoren nicht immer von Katholiken begrüßt. Namentlich tut es nie oder nur selten die Jugend. Und sie tut es erst recht nicht, wenn der Pastor auf dem Wege zum Begräbnis oder auf dem Heimwege vom Begräbnis einen Talar anhat, an dem er gerade erkenntlich ist. Unsere Leute auf dem Lande dagegen wetteifern geradezu mit der katholischen Bevölkerung in der Bezeugung ihrer Verehrung und Unterwürfigkeit beim Begegnen eines katholischen Priesters. Fremde, vollständig unbekannte Geistliche, werden mit tiefer Verbeugung von Männern, Frauen und Kindern begrüßt. Eine unheimliche Scheu befällt sie beim Anblick einer schwarzen Sutane des katholischen Geistlichen, während dieselben Personen oft an ihrem eigenen Pastor stolz vorübergehen oder sich sogar erdreisten, ihm Grobheiten zu sagen. Manche Lutheraner küssen sogar ehrerbietig die Hand des katholischen Priesters. Bei jüdischen Rabbinern dagegen, die

an ihrer Tracht in der Regel auch erkannt werden, wird dieser ehrfurchtsvolle Gruß unterlassen.

Was ist die Ursache dieser Erscheinung? Liegt sie nicht in einem niedrigen Sinn und in der Charakterlosigkeit des Menschen? Es ist Kriecherei und die törichte, verhängnisvolle Gesalbsucht unserer Deutschen in Polen, die mit der guten Sitte nichts gemein hat, und der sie ihr Bestes, ihre Tugenden, ihre Muttersprache und sogar den Glauben der Väter zum Opfer bringen.

Mehr Selbstachtung und mehr Stolz, ihr Volks- und Glaubensgenossen! Der Dichter Johann Gottfried Seume sagt wohl nicht mit Unrecht: „Wenn nur alle vernünftig stolz wären, es würde in der Welt nicht so niederträchtig hergehen.“

Karl Grams.

Die größte Glocke im Berliner Dom ist gesprungen. Ihr letzter Dienst war das Trauergeläut für die heimgegangene Kaiserin Auguste Viktoria. Eine Reparatur der Glocke ist nicht mehr möglich. Besonders schwer ist der Verlust für die Stadt Berlin, denn ganz abgesehen davon, daß die Neuanschaffung einer derartigen Glocke heute mit außerordentlich großen Kosten verbunden ist, war sie die schönste und wertvollste Glocke, die Berlin je besessen hat. Die Glocke stammt aus dem Jahre 1471 und hing seit dem Jahre 1562 in Berlin. Die Form der Glocke hält sich in schlichten, edlen Maßen und trägt in lateinischer Sprache die sinnige, charakteristische Aufschrift:

Süß ist die Weise, die ich klinge,
Der Heiligen Freuden ich besinge.
Hosiannah in der Höh!

Werkwürdig für die Glockengeschichte des Domes bleibt, daß schon 1705 bei dem Trauergeläut für die Königin Sophie Charlotte eine Domglocke zersprungen ist.

Die Jahresynode der evangelisch-reformierten Kirche der Republik Polen fand am 12., 13. und 14. Juni in Warschau statt. Der Hauptgegenstand der Beratungen war der neue Gesetzentwurf über die Verwaltung dieser Kirche. Der Gesetzentwurf wurde mit einigen Änderungen angenommen. Warum fürchtet man bei uns eine solche Synode?

Auskunft über verstorbene Soldaten. Die hiesigen Militärbehörden erhielten die Mitteilung, daß jegliche Ämter und Privatstände, die Auskunft über verstorbene Soldaten der früheren österreich-ungarischen Armee wünschen oder Papiere derselben suchen, sich nur an die Auskunftsabteilung der Roten-Kreuzgesellschaft in Warschau, Nowy Świat 72, zu wenden haben. Die Auskunft Wünschenden haben ihren vollen Namen und genaue Adresse anzugeben.

Der nach dem vom Sejm angenommenen Ernährungsgesetz neu aufgestellte Ernährungsplan für das künftige Wirtschaftsjahr sieht freien Handel mit fast allen Lebensmitteln vor. Außerdem soll in nächster Zeit der freie Handel mit Kohlen und Petroleum eingeführt werden. Der Zucker soll erst nach einem Jahre dem freien Handel übergeben werden.

Wochenschau.

Inland. Mehrere Wochen dauert die Spannung in der Regierung Witos. Der Finanzminister Steczkowski zog sein vor einigen Tagen überreichtes Rücktrittsgesuch zurück. Dies erfolgte aufgrund einer Verständigung mit dem Premier Witos. Aus dem Kabinett sollen ausscheiden: Minister Kucharski und Dombki. Zum Justizminister wurde Herr Sobolewski ernannt. Den neuernannten Außenminister besprechen die Zeitungen zurückhaltend. Er wird zu den Nationaldemokraten gezählt. Die Minderheiten werden nicht viel zu erwarten haben. Wenn es auch jetzt heißt, daß die Regierungskrisis für erledigt

betrachtet werden kann, so wurde doch von der nationalen Volkspartei die Forderung gestellt, daß das Kabinett umgebildet werde und daß es sich auf die Parteien der äußersten Rechten stützen soll. Diese Forderung wurde vom Ministerpräsidenten abschlägig beantwortet. Die Verantwortung für die angekündigte Stellungnahme der Nationalen Volkspartei in dieser Beziehung wird allein diese Partei zu tragen haben. Ueber die Außenpolitik Polens äußerte sich der Minister Skirmunt in einem Gespräch mit einem Vertreter der „Neuen Freien Presse“, daß es seine Aufgabe sein werde, Polens Außenpolitik in friedliche Bahnen zu leiten und mit allen Nachbarn gutnachbarliche und freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Zur Oberschlesischen Frage übergehend, sei der Minister der Ansicht, daß in dieser Frage der Höhepunkt bereits überschritten sei und sich diese Angelegenheit einer günstigen Lösung nähere. Infolgedessen werden sich die polnisch-deutschen Beziehungen wahrscheinlich recht bald gutnachbarlich gestalten. Sein Gedanke ist, daß von einer friedlichen Politik nicht nur das Wohl Polens, sondern auch das Wohl Europas abhängt. Gewiß ist dies ein durchaus gesunder Gedanke, und wenn man bemüht sein wird, ihn zu verwirklichen und dann an den friedlichen inneren Aufbau und die Hebung unserer Valuta herantreten würde, so wäre eine Aussicht auf Besserung vorhanden. Augenblicklich ist auch im Innern des Landes der Friede und die Eintracht aller Bürger nicht vorhanden. Böswillige und unüberlegte Elemente, die da meinen, daß nur ein Kernpole und Katholik das Recht habe, sich polnischer Staatsbürger zu nennen, haben die größten Hezereien unternommen. Aus allen Ecken des ehemaligen preussischen Teilgebietes erhalten wir Hiobsnachrichten, so aus Graudenz, Lissa, Ostrowo, Bromberg, Hohensalza usw. über stattgefundene Deutschenhezen. Planmäßig vorbereitete und der Regierung im voraus bekannte Ausschreitungen Deutschen gegenüber sind an der Tagesordnung. Daß die Regierung so gut wie garnichts dagegen unternimmt, ist der beste Beweis, daß die Ausschreitungen sich an einem und demselben Orte wiederholen, wie zum Beispiel in Bromberg. Wenn man derartige Politik von chauvinistischen „Machthabern“ duldet, so kann von besseren Zeiten in unserem Lande keine Rede sein. Die Regierung muß den Mut haben, diesen wühlerischen Elementen mit aller Energie entgegenzutreten und muß es beweisen, daß Polen ein konstitutioneller Staat ist und daß alle Bürger ohne Unterschied der Nationalität und der Konfession gleichberechtigt sind. Gelingt es der Regierung, diesen guten Willen allen seinen Bürgern gegenüber zu beweisen, so ist zur Besserung der Lage des Landes sehr viel getan. Bei einem einigermaßen guten Willen und strengen Maßnahmen gegen alle inneren Feinde unseres Landes, denn so kann man einen jeden Heber nennen, dürfte die innere Ordnung und die Eintracht unter allen Völkern Polens recht bald hergestellt sein. Wir deutschen Staatsbürger Polens blicken immer noch mit einem Vertrauen auf unsere Regierung und hoffen, daß sie uns unsre uns liebgeordnete Heimat gegen dunkle und nach außen hin schädigende Anschläge schützen und für ein besseres Ansehen unseres polnischen Vaterlandes dem Auslande gegenüber Sorge tragen wird. Wie verlautet, sollen im Oberschlesischen Aufstandsgebiet immer noch Kämpfe stattfinden. Zwar wird von den verschiedenen Zeitungen die Nachricht gebracht, daß die Grundlinien zur Regelung der Oberschlesischen Frage von den Hauptmächten festgelegt worden sind. Man berichtet sogar, daß die Entscheidung über das strittige Oberschlesische Gebiet in den nächsten Tagen bekannt gemacht werden wird. Wir haben schon betont, daß eine gerechte und rasche Lösung der Oberschlesischen Frage für uns und den Europäischen Frieden von größter Bedeutung sei. Das müßten eigentlich die Herren,

die die Entscheidung in der Hand haben, schon längst eingesehen haben.

Deutschland. Die deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens haben an Lloyd George, Briand und Giolitti ein Telegramm gerichtet, in welchem es u. a. wie folgt heißt: In dem Machtbereich des französischen Generals Lecomte Denis sind die wichtigsten Bahnhöfe den Aufständischen ausgeliefert worden. Die Aufständischen benutzen die Eisenbahnlinie zum Truppentransport. Obwohl sich der Aufstand gegen die interalliierte Kommission richtet, haben französische Stellen den Aufstand unterstützt. Die Aufständischen führen mit geraubtem deutschen Eisenbahnmateriale in Oberschlesien geförderte Kohle nach Polen. Die interalliierte Kommission ist verantwortlich für das ihr zu treuen Händen anvertraute Abstimmungsgebiet. Trotzdem hat sie gegen den unrechtmäßigen Abtransport der Kohle nichts unternommen. Auch das Wirtschaftsleben Oberschlesiens ist seit dem 3. Mai gelähmt. Den Gruben und Hütten fehlen die Betriebsmittel, Brennstoff usw., den Hütten die Rohstoffe, der Produktion die Absatzmärkte und die Aufträge. Auf das schärfste betroffen ist die obereschlesische Landwirtschaft, der die Aufständischen Zugtiere, Wagen und Zuchtvieh geraubt haben. Die Ernährung Oberschlesiens ist dadurch für lange Zeit gefährdet. Heute läßt Korsantyn zwangsweise Oberschlesier zum Wachtdienst ausheben. Zur Finanzierung des Aufstandes haben die Aufständischen eine Steuer ausgeschrieben. Uns ist nicht bekannt, daß die interalliierte Kommission diese Verordnung als unverbindlich bezeichnet hat. Tausende von gefährdeten Menschen sind in die Städte geflüchtet, Tausende von Arbeitern und Angestellten erwerbslos. Die interalliierte Kommission hat sich ihrer nicht angenommen. Hunderte von Deutschen sind in Oberschlesien hingerichtet. Tausende von Deutschen schmachten in polnischen Gefangenenlagern. Zur Sühne der Verbrechen ist noch kein wirksames Mittel angewendet worden. Obwohl seit Anfang Juni englische Truppen in Oberschlesien sind, gebärden sich die Aufständischen noch immer als Herren der Lage. Schließlich fordert das Telegramm die leitenden Staatsmänner auf, in Oberschlesien Recht und Gesetz wiederherzustellen.

Ausland. Noch immer Kocht und brodelt es in diesem Lande. Aufstände, Kämpfe verschiedener Natur sind an der Tagesordnung. Die Weltbeglückter Trotzki und Lenin kommen dem russischen Volke bis jetzt das verheißene Glück nicht geben, vielmehr haben sie durch ihre Ideen dieses reiche Naturland vollständig zugrunde gerichtet. Hunger, ansteckende Krankheiten, Blutvergießen, Diebstahl und Mord sind keine Seltenheiten. Aufstände gegen die Sowjetregierung tauchen bald hier bald dort auf. Gegenwärtig ist ein größerer Aufstand in Sibirien unter Leitung des Generals Semjonow im Gange. Es wird zwar berichtet, daß die Weltbeglückter Lenin und Trotzki mit ihrer Politik im Rückzuge seien, wie weit man aber diesen Nachrichten Glauben schenken kann, wollen wir dahingestellt lassen, denn es ist wirklich schwer in einem solchen Lande, wo die größte Unordnung herrscht, sich ein klares und sicheres Urteil über die Lage zu bilden. — Von der neuen Kursrichtung der Sowjetregierung verlautet, daß sämtliche Handels- und sonstige Vertretungen der Sowjets im Auslande die Weisung erhielten, die ausländischen Regierungen zu verständigen, daß eine Reihe von Banken in Rußland ihren früheren Besitzern zurückgegeben werden sollen. Infolgedessen können die im Auslande lebenden Aktionäre der russischen Banken entsprechende Reklamationen bei den Sowjetvertretungen erheben. — Aus Moskau wird über Helsingfors gemeldet, daß Trotzki schwer erkrankt sei und sein Befinden ernste Besorgnis erregen soll.

England. Die Politik der englischen Regierung in der Oberschlesischen Frage ist unverändert. Man spricht davon, daß Englands Politik doch gestiegen habe. Die Zahl der ausländischen Arbeiter in England wächst von Woche zu Woche. Sie erreichte in der vorigen Woche die Ziffer 2,185,000. Der Ausstand in der Metallindustrie ist dank der Interventionen des Arbeitsministers beigelegt worden. Der Generalverband der Textilarbeiter und der Verband der Arbeiter der Baumwollindustrie haben sich mit den Arbeitgebern geeinigt. Die Löhne der Arbeiter sind um 6% verringert worden. Die Abstimmung betreffs Wiederaufnahme der Arbeit unter den englischen Bergarbeitern hat nahezu eine 2/3 Mehrheit für die Fortsetzung des Streikes ergeben. Es stimmten 32,000 Arbeiter für und 93,426 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Einstellung des Betriebes der Singer-Nähmaschinenfabrik setzt weitere 10,000 Personen brotlos auf die Straße. Der Konflikt zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern im Maschinenbau ist auf 14 Tage verschoben, um den Angestellten Gelegenheit zu geben, an einer Abstimmung zu der Lohnherabsetzung Stellung zu nehmen. Der erbitterte Kampf zwischen den englischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird infolge der Lohnherabsetzung geführt. Der englische Ausfuhrhandel soll in der Weise gefördert werden, daß die Regierung die Garantien für Wechsel, die für Waren gegeben werden, in Höhe von 80% der Wechselsumme übernimmt. Die Regierung übernimmt gemeinsam mit den Banken das Risiko, welches sich durch die Finanzierung des Handels mit Finnland, Lettland, Estland, Litauen, Polen, Desterreich-Ungarn, der Tschecho-Slowakei, Jugoslawien, Rumänien, Grufien, Armenien und Bulgarien ergibt.

Amerika. Bis zur Gegenwart hat die amerikanische Regierung den Versailler Friedensvertrag noch immer nicht ratifiziert. Um mit Deutschland und Desterreich in Friedenszustand zu treten, wurde vom Unterhaus eine Resolution angenommen, die den Kriegszustand mit diesen Staaten herstellen sollte. Vom Oberhaus wurde diese Resolution verworfen. Es wird nun über London gemeldet, daß Amerika bereit sei, den Versailler Friedensvertrag zu ratifizieren, jedoch mit einer Reihe von Vorbehalten. Die Amerikanische Regierung wünscht mit England in eine nähere Fühlung zu treten, gedenkt aber dieser Verständigung nicht den Charakter eines Bündnisses zu geben. Die nächste Regelung soll die Flottenfrage sein. Die Vereinigten Staaten haben die Absicht ihre Seestreitkräfte im Stillen Ozean zusammenzuziehen, der Atlantische Ozean soll in der englischen Einflusssphäre verbleiben. Der ameri-

kanische Plan sieht kein englisch-japanisches Bündnis vor.

Türkei. Die Türkei führt mit den Griechen immer noch Krieg. Aufgrund amtlicher Mitteilungen aus Konstantinopel werden die Militärkräfte Kemal Paschas mit 160 — 180 Tausend Mann beziffert. Außerdem solle nach noch unbestätigter Nachrichten eine gegen 40 000 Mann zählende Kosakentavalerie aus Sowjetrußland nach Angora abgegangen sein und weitere Verstärkungen aus Persien, Afghanistan und Afsanistan werden erwartet. Da die Lage eine sehr ernste ist, behaupten französische militärische Sachkundige einmütig, daß die europäische Diplomatie alle Mühe anwenden müßte, um den griechisch-türkischen Krieg zu beenden, weil er sonst in einen „heiligen“ Krieg der Muselmanen gegen die Europäer ausarten würde, der ungeheure und schreckliche Folgen haben könnte. Die englische Regierung steht diesem Kampfe gegenüber nicht gleichgültig da und ist bereit mit den Waffen einzugreifen, um dem Kriege ein Ende zu bereiten. Zwischen England und Frankreich wird in dieser Beziehung demnächst eine Beratung stattfinden.

Spenden.

Zur Unterstützung unserer Wochenchrift gingen uns zu: Gesammelt auf der Hochzeitsfeier des Herrn Gustav Renz in Olchowo 700 Mk., Fuchs, Lodz, 60, R. Busse, Rostok 40, H. Arnholz 20, G. Hennig 20, A. Kepske, Drazno, 100, G. Heim, Drazno, 50, A. Schön 20, G. Batke, Przedecz, 40, Spende der Schulgemeinde Mt-Gieszkowo 170, A. Plek, Dzierzajna, 80, G. Ladjik, Wiciejewo, 60, G. Lange, Gnojno, 210, J. Krampitz, 10, J. Prill, Mafowiec Rum., 50, G. Schlachter, Czartownia, 100 Mk. Aus Sompolno: Eugenie Lange 100 Mk., Karl Grams 100, Julian Bill 75, G. Meyer 100, G. Wendland 100, Elisabeth Bierschenk 50, Theodor Bierschenk 50, G. Kuske 50, Julitta Kneifel 20, Richard Kneifel 15, G. Hermann 40, G. Wegner 20, Emilian Kaschube 100, Wanda Pedde 500, Konrad Pedde 500, A. Aufeldt 30, H. Badke 50, B. Pödde 40, G. Schiewe 20, L. Job 20, S. Krüger 20, B. Luzer 50, G. Luzer 50, B. Schiewe 30, A. Donn 20, G. Martin 40, R. Friedrich 20, H. Weutler 40, D. Schmeichel 20, E. Lidte 40, D. Welle 20, Irene Bonas 100, Rich. Friedrich 100, Edmund Lange 100, Ferdinand Keller 100, H. Benno 50, Erich Lidte 50, Artur Kaschube 40, D. Klingbeil 20, Rudolf Hoffmann 50, August Walzer 100, A. Pubanz 75, G. Janke 70, A. Stewin 50, H. Pubanz 40, A. Schmechel 40, A. Kaschube 40, A. Nikolai 20, J. Streich 20, R. Schulz 15, A. Schulz 15 Mk.

Allen lieben edlen Spendern sprechen wir unseren tiefsten Dank aus. Unseren Freunden aus Sompolno danken wir besonders innigst.

Schmechel & Rosner

Lodz, Petrikauerstraße Nr. 100

Die Preise steigen,

trotzdem verkaufen wir die billig eingekauften Waren solange der Vorrat reicht, zu den früheren Preisen:

Damen-Kleider

aus Etamin in großer Auswahl, 3000.—, 2500.—, aus Cheviot 3000.—, 2250.—, 1950.—, 1450.—.

Etamin-Blusen

besonders billig, 850.—, 790.—, 620.—.

Damen-Mäntel

neueste Fassons 6500.—, 3500.—, aus Roverfort 9500.—, 8500.—.

Benützen Sie diese günstige Gelegenheit.

Filiale: Petrikauerstraße Nr. 160

Die

Konstitution

in polnischer und deutscher Sprache ist in der Geschäftsstelle der deutschen Sejmabgeordneten Lodz, Rozwadowska 17 zum Preise von Mk. 40.—, mit Postzustellung Mk. 46.— zu haben.

Im eigenen Interesse muß jeder Deutsche diese kennen!

Wenn Sie für billiges Geld täglich über die wichtigsten politischen und allgemeinen Ereignissen des In- und Auslandes unterrichtet sein wollen, so bestellen Sie den täglich erscheinenden

„Rujawischen Boten“

Tageblatt für Stadt und Land.

Bezugspreis Mk. 90.— vierteljährlich einschließlich Bestelgeb. Man wende sich an: „Rujawischer Bote“ Druckerei und Verlag G. m. b. H. Inowroclaw.